

Wochenspiegel vom 01.01. – 12.02.2023



THEMEN

UKRAINE-KRIEG

Am 25. Januar erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz vor dem Bundestag die Entscheidung des Kabinetts, der Ukraine zu ihrer Selbstverteidigung gegen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auch Leopard-Panzer zu liefern. Maßgeblich für diese Entscheidung war für Olaf Scholz, dass über diesen Schritt Einvernehmen zwischen den Bündnispartnern, insbesondere den USA, hergestellt würde und auch die USA entsprechende Lieferungen an die Ukraine tätigen würden. Eine entsprechende Erklärung durch US-Präsident Biden erfolgte.



Die Vorwürfe, Olaf Scholz habe nicht schnell genug gehandelt, halte ich persönlich für unverantwortlich. Denn im Ergebnis darf aus den Hilfen an die Ukraine keine Kriegsbeteiligung Deutschlands, Europas oder gar der NATO werden. Maßnahmen, mit denen Deutschland Gefahr läuft Verantwortung für Eskalation zu leisten, müssen unterbleiben.

Auf dem Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein erklärte ich im Rahmen der Aussprache, dass die Weltgemeinschaft aufgefordert ist, den Krieg in der Ukraine schnellstmöglich zu beenden und Diplomatie öffnende Türen nicht zu verpassen.

Redebeitrag auf dem Landesparteitag der SPD-Schleswig-Holstein (Im Video bei 2:16:37): <https://www.youtube.com/live/COIQ2sijMA4?feature=share&t=8196>

ENERGIE UND KLIMASCHUTZ

Auch das Jahr 2023 knüpft an die energiepolitischen Themen aus 2022 an - sowohl in Fragen der Energiesicherheit, dem beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien als auch Herausforderungen zur Ablösung einseitiger Abhängigkeiten sowie im Umgang mit dem US-amerikanischen Inflation Reduction Act. Letzterer stellt für Deutschland und Europa eine große wettbewerbliche Herausforderung zur Sicherung von Investitionen, auch in Erneuerbare Energien, dar. Der am 9. Februar 2023 versammelte Europäische Rat knüpfte - neben einer intensiven Befassung mit Migrationsfragen - dabei etwa auch an die bereits getroffenen Maßnahmen, etwa die EU-Notfall-Verordnung zum beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien, an, um gemeinsame Lösungen zur Sicherung von Investitionen zu finden. Hierauf nahm Bundeskanzler Olaf Scholz auch in seiner Regierungserklärung am 8. Februar Bezug.

In meiner Rede der betreffenden Bundestagsdebatte betonte ich, dass Deutschland und Europa die wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen müssen, um weiterhin



eine Vorreiterstellung in der Energiewende einzunehmen. Der Inflation Reduction Act sei vorrangig als positives Signal zu werten, dass auch in den Vereinigten Staaten nun Maßnahmen ergriffen werden, den Klimawandel einzugrenzen. Gleichzeitig müsse Deutschland und Europa aber auch dafür sorgen, dass der Inflation Reduction Act sich nicht

negativ auf europäische Energiewende-Investitionen auswirkt.

Meine Rede im Wortlaut auf meiner Homepage:

<https://www.nina-scheer.de/2023/02/09/rede-zur-regierungserklaerung-zum-ausserordentlichen-europaeischen-rat-am-9-februar-2023/>

Importstopp für russisches Öl

Als Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine tritt jetzt, wie geplant, das Importverbot von russischem Erdöl per Pipeline in Kraft,



nachdem seit Anfang Dezember bereits keine Importe mehr per Tanker erfolgen. Damit es zu keiner Unterversorgung kommt, wurde der Umgang mit dann ausbleibenden Importen aus Russland von Seiten der Bundesregierung seit Monaten vorbereitet.

Hierzu äußerte ich mich auch im ZDF-Mittagsmagazin: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/importstopp-russisches-oel-ukraine-krieg-russland-100.html>

Für die Raffinerie im brandenburgischen Schwedt, die jüngst aufgrund von Lieferengpässen nur zu 50 Prozent ausgelastet war, erreichte die Bundesregierung bis Ende Januar - wie angekündigt - alternative Lieferungen über Polen und Kasachstan, sodass in Kombination mit dem Einsatz von sogenannten Fließverbesserern eine Auslastung von ca. 65-70 Prozent erreicht werden kann. Zudem wurden von Seiten der Bundesregierung für zwei Jahre Garantien für den Erhalt der Arbeitsplätze übernommen. Zur Versorgungslage hatte die Fraktion DIE LINKE eine Sondersitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie beantragt, die am 9. Januar nicht-öffentlich stattfand (vgl. unter Gremiensitzungen).

Auf die Versorgungslage nahm ich auch in der Berliner Zeitung Bezug: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/erdoel-embargo-der-pck-raffinerie-schwedt-fehlt-der-nachschub-der-spritpreis-steigt-li.305408>

Einhaltung von Deutschlands Klimazielen

Bereits Ende des vergangenen Jahres hatte der Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung festgestellt, dass die gesteckten Klimaziele ohne eine deutliche Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbaren Energien nicht erreicht werden können. Die im Klimaschutzgesetz vereinbarten Ziele sind nach Berechnungen der Agora Energiewende nach 2021 voraussichtlich auch 2022 nicht erreicht worden. Maßgeblich hierfür sind die Bereiche Gebäude und Verkehr. Insbesondere der Verkehrssektor überschreitet die gesetzlich vorgegebene Menge an ausgestoßenem CO₂ deutlich. Die von FDP-Verkehrsminister Volker Wissing geforderte Priorisierung von Autobahnen ist nicht zielführend. Die hierfür geforderten beschleunigten Genehmigungsverfahren sollten Wind- und Solarkraft vorbehalten sein. Auch die diskutierte Möglichkeit der Speicherung von abgeschiedenen CO₂-Emissionen darf nicht vom Ziel des Ausbaus Erneuerbarer Energien ablenken.

Um unabhängig von Gasimporten aus Russland zu werden, bleiben die Kohlekraftwerke befristet länger in Betrieb. Dies bestimmt jedoch nicht den Energiewende- und Klimaschutzpfad der Ampelkoalition. Entscheidend ist, dass

Maßnahmen zum beschleunigten und vereinfachten Umstieg auf Erneuerbare Energien beschlossen wurden und weitere folgen.

Atomenergie und Kernfusion

Die nach wie vor erklärten Forderungen, insbesondere von Seiten CDU/CSU aber auch aus den Reihen der FDP, nach verlängerten Laufzeiten von Atomenergie oder auch mehr Forschung für Kernfusion sind mit den Zielen der Energiewende nicht vereinbar.

Auch eine wissenschaftliche Kommission zum Einsatz von Atomstrom, wie von Verkehrsminister Volker Wissing vorgeschlagen, lenkt aus meiner Sicht von den Aufgaben ab. Investitionen in Atomenergie sind deutlich teurer als die in Erneuerbare Energien und deren Speicherung. Und selbst wenn sie getätigt würden, fehlten für den betreffenden Zeitraum, auf den unter Bezugnahme auf die Energiekrise abgestellt wird, entsprechende Brennelemente, deren Nachbestellung mehrere Monate dauert. Ganz abgesehen davon, dass Atomenergie eine Hochrisikotechnologie ist und auf Endlagerung angewiesen ist, die bis heute nicht vorgehalten werden kann.

Auf die Rolle der Atomenergie ging ich sowohl in meiner Rede zum Jahreswirtschaftsbericht (unten verlinkt) als auch in der Sendung „Informationen am Morgen“ im Deutschlandfunk am 7. Januar unter dem Titel „Verfehlte Klimaziele – brauchen wir doch ein Atom-Revival? Interview mit Nina Scheer, SPD“ ein.

Der Beitrag im Deutschlandfunk:

<https://www.deutschlandfunk.de/verfehlte-klimaziele-brauchen-wir-doch-ein-atom-revival-int-nina-scheer-spd-dlf-fd27cea6-100.html>

Mitte Dezember 2022 war es Forscher*innen in den USA erstmals gelungen, beim Verschmelzen zweier Atomkerne einen Energieüberschuss zu erzeugen. Allerdings wurden hierbei weder die vorgelagerten Energiebedarfe entlang der Wertschöpfungskette, noch die Nutzbarkeit zur Energieversorgung zur Maßgabe genommen. Kernfusion ist seit Jahrzehnten ein milliardenschweres Vorhaben, das in Fragen der Nutzbarkeit längst von Erneuerbaren Energien überholt wurde. Fortschritte in der Forschung sollten nicht mit Entscheidungen zur Energiegewinnung verwechselt werden. Dennoch nahmen politische Stimmen auch in Deutschland den erwähnten Anlass auf, um sich für Kernfusion auch zur Energiegewinnung auszusprechen.

Hierzu nahm ich auch öffentlich verschiedentlich Stellung:

Zu web(.).de: <https://web.de/magazine/wissen/wissenschaft-technik/kernfusion-forschungserfolg-heizt-debatte-deutschland-37584788>

Zu ZEIT ONLINE: <https://www.zeit.de/politik/2022-12/kernfusion-spahn-ampel-unterstuetzung-gruene>

Zum Handelsblatt:

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energiegewinnung-spahn-ampel-soll-kernfusion-foerdern/28889360.html>

Zum Riffreporter (Artikel liegt hinter

Bezahlsperr): <https://www.riffreporter.de/de/technik/energie-kernfusion-fusionskraftwerke-in-deutschland-positionen-spd-gruene-fdp-cdu>

Kohleausstieg und Klimaproteste

Der Konflikt um das Abbaggern des nordrhein-westfälischen Dorfes Lützerath zum Zwecke der Braunkohleverstromung hatte auch den Bundestag, etwa in aktuellen Stunden, befasst. In meiner Rede verdeutlichte ich, dass die Proteste zwar



überwiegend friedlich abliefen, aber jegliche Gewalt gegen die Polizisten vor Ort zu verurteilen seien.

Zu meiner Rede im Wortlauf auf meiner Homepage: <https://www.nina-scheer.de/2023/01/20/rede-aktuelle-stunde-luetzerath/>

Im Dezember 2022 hatte der Bundestag den Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier von 2038 auf 2030 gesetzlich vorgezogen. Hierbei lag ein zwischen RWE und der Bundesregierung unter Beteiligung der nordrhein-westfälischen Landesregierung geschlossener Ausstiegsvertrag zugrunde, der keine Entschädigungszahlungen vorsieht.

Energieversorgung sichern

Der Bericht der Bundesnetzagentur zum Monitoring der Versorgungssicherheit mit Elektrizität, welcher in der 50. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie



von Klaus Müller vorgestellt wurde, zeigt deutlich, dass die Versorgung mit Strom für den Winter 2023/24 und auch darüber hinaus im Zeitraum 2025 bis 2031 auf weiterhin hohem Niveau gewährleistet ist.

In meiner Rede am 9. Februar zum Antrag der CDU/CSU „Deutschlands Energieversorgung sichern und jetzt

für den Winter 2023/2024 vorbereiten“ wies ich deshalb den von der CDU/CSU anvisierten Weg zurück in ein fossil-atomares Zeitalter entschieden zurück und wies

auf die bereits beschlossenen und bevorstehenden Erleichterungen zugunsten eines beschleunigten Ausbaus Erneuerbarer Energien hin.

Meine Rede im Wortlaut auf meiner Homepage: <https://www.nina-scheer.de/2023/02/10/rede-deutschlands-energieversorgung-sichern/>

Bereits im Erneuerbare-Energien-Gesetz hat die Koalition das überragende öffentliche Interesse am Ausbau Erneuerbarer Energien festgeschrieben. Nun erging Anfang Februar ein erstes Urteil, mit dem dieses überragende öffentliche Interesse als gegenüber dem Denkmalschutz höherrangig beschieden wurde.

Um den Ausbau Erneuerbarer Energien möglichst effektiv zu beschleunigen und Bauvorhaben für Großprojekte mit besonderer Relevanz möglichst zu verkürzen, müssen auch die Gerichtswege zeitlich angepasst werden, unter anderem indem der Instanzenweg verkürzt wird. Zu diesem Zweck hat der Bundestag am 10. Februar einen Gesetzesentwurf zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturvorhaben beschlossen. Er sieht unter anderem vor, dass bedeutende Projekte künftig vor Gericht priorisiert behandelt werden können und der Weg zum Bundesverwaltungsgericht verkürzt wird.

Bereits in meiner Rede am 19. Januar betonte ich die Notwendigkeit beschleunigter Verfahren, etwa für schnellere Genehmigungen von Windenergieanlagen.



Meine Rede im Wortlaut auf meiner Homepage: <https://www.nina-scheer.de/2023/01/19/rede-beschleunigung-von-verwaltungsgerichtlichen-verfahren-im-infrastrukturbereich/>

Die Bedeutung von Energiewende und Klimaschutz wurde auch im

Zusammenhang mit der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts 2023 deutlich, den der Bundestag am 26. Januar zusammen mit dem „Jahresgutachten 2022/23 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ debattierte. Dabei wurde unter anderem verdeutlicht, dass - entgegen der Prognosen - das Jahr 2022 mit einer Wachstumssteigerung zu Ende ging.



In meiner Rede betonte ich, dass Energiesicherheit in Deutschland keinen Rückfall in das fossile Zeitalter bedeutet und bedeuten darf. Der Umstieg auf andere fossile Bezüge ist befristet und kriegsbedingt. Mit einer Reihe von Maßnahmen zur verstärkten Nutzung und dem beschleunigten

Ausbau Erneuerbarer Energien wurden zugleich Weichen der Energiewende gestellt.

Meine Rede im Wortlaut auf meiner Homepage: <https://www.nina-scheer.de/2023/01/26/rede-regierungserklaerung-zum-jahreswirtschaftsbericht-2023-jahresgutachten-des-sachverstaendigenrats/>

Vorrang Erneuerbarer Energien auch in Schleswig-Holstein sicher stellen

Die Landesregierung Schleswig-Holsteins entschied im Januar, für den geplanten Solarpark an der A1 in Großhansdorf keine Sondergenehmigung zu erteilen. Dies ist mit Blick auf den bereits im Sommer 2022 geschaffenen Vorrang Erneuerbarer Energien nicht nachvollziehbar. Seit Verabschiedung der Gesetzesnovelle durch den Bundestag im Sommer 2022 hatte die Schwarz-Grün geführte Landesregierung ausreichend Zeit, um die betreffenden landesrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Dies verdeutlichte ich auch in einer Pressemitteilung: <https://www.nina-scheer.de/2023/01/13/nina-scheer-vorrang-erneuerbarer-energien-muss-auch-von-der-landesregierung-eingehalten-werden/>

Unterirdische Einlagerung von CO₂ – CCS



Auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion diskutierte der Deutsche Bundestag am 26. Januar über die unterirdische Speicherung von CO₂, das sogenannte CCS (Carbon Capture and Storage).

In meiner Rede betonte ich, dass die grundsätzliche Vermeidung von Emissionen im Mittelpunkt der Debatte stehen müsse.

Zur Rede im Wortlaut auf meiner Homepage: <https://www.nina-scheer.de/2023/02/10/rede-haertefallhilfen-gegen-hohe-energiepreise/>

Wenn die Abscheidung und unterirdische Einlagerung zum allgemeinen Standard würden, gäbe es weder für Forschung noch Anwendung weitere Anreize, die Entstehung von CO₂, etwa bei Produktionsprozessen zu vermeiden oder etwa verstärkt alternative Materialien einzusetzen, denen keine unvermeidbaren CO₂-Emissionen in Produktionsprozessen, sogenannte Prozessemissionen, anhaften. Daraus folgt zudem, dass der Umgang mit unvermeidbaren Emissionen in Form von Weiterverwertung bzw. Nutzung (CCU) oder auch unterirdischer Speicherung, was einer Endlagerung gleichkommt, allenfalls für unvermeidbare Emissionen in Betracht kommt. In diesem Sinne sieht der Koalitionsvertrag der Ampel die Entwicklung einer

Langfrist-Strategie vor. Hierbei liegen weltweite Studien, auch des Weltklimarates, vor, die die Anwendung von sogenannten Negativemissionstechnologien angesichts unvermeidbarer Restemissionen zur Einhaltung des 1,5 Grad Zieles zur Begrenzung des Klimawandels für unverzichtbar halten.

CCS ist mit dem heutigen Rechtsrahmen in Deutschland ausgeschlossen. Wegen der Risiken durch Pipeline-Transporte aber auch der Endlagerung von CO₂ sowie hiermit verbundener Nutzungskonkurrenzen halte ich entsprechende Restriktionen nach wie vor für gerechtfertigt. Eine erneute Befassung mit einer möglichen Anwendung von CCS erfordert Bedingungen, die den genannten Gefährdungspotenzialen sowie dem Vorsorgeprinzip nachhaltig gerecht werden.

Auf Europäischer Ebene wurde CCS nach Amtsantritt von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als Schwerpunkttechnologie im Rahmen des Green Deals verankert. Das Londoner Protokoll schließt den grenzüberschreitenden Transport von CO₂ bislang aus und ordnet es als Gefahrenstoff ein. Ende 2022 legte die Bundesregierung auf Basis der geltenden Rechtslage einen Evaluationsbericht vor, der bereits Punkte für eine nun zu entwickelnde Carbon Management Strategie enthält. Hier gilt es auch die angesprochenen Bedingungen aufzugreifen - unabhängig von diesem, so koalitionär verständigten, Prozess.

Energiepreisbremsen und Härtefallfonds

Die Finanzierung der im Dezember 2022 beschlossenen Energiepreisbremsen erfolgt aus dem neu ausgerichteten Wirtschaftsstabilisierungsfonds, in welchem auch Mittel in Höhe von 13,1 Mrd. Euro für Härtefallregelungen vorgesehen sind.



In meiner Rede am 10. Februar zum Antrag der CDU/CSU „Die Ankündigungen zu den Härtefallhilfen gegen die hohen Energiepreise sofort und vollständig umsetzen“ betonte ich, dass wir im letzten Jahr im Deutschen Bundestag mit einer Reihe von Gesetzen dafür gesorgt haben, dass die Energieversorgung in diesem Land

sicher ist. Dafür sind insgesamt 300 Milliarden Euro bereitgestellt. Als SPD-Fraktion haben wir uns außerdem für einen Härtefallfonds für nicht-leitungsgebundene Energieträger (Öl, Pellets, Flüssiggas) eingesetzt. Für die Ausgestaltung und Umsetzung dieser Härtefallhilfen erarbeiten Bund und Länder derzeit eine Verwaltungsvereinbarung, um die Betroffenen möglichst zeitnah zu entlasten.

CDU/CSU hatten sowohl beim Wirtschaftsstabilisierungsfonds als auch bei den Energiepreisbremsen mit Nein gestimmt. Insofern mutet es widersprüchlich an, wenn sie nun kritisieren, dass die Umsetzung noch nicht umfänglich erfolgte.

Meine Rede im Wortlaut auf meiner Homepage: <https://www.nina-scheer.de/2023/02/10/rede-haertefallhilfen-gegen-hohe-energiepreise/>

Emissionshandel: Finanzielle Doppelbelastungen vermeiden

2005 führte die Europäische Union den Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) ein, um die Treibhausgasemissionen von Kraftwerken, Industrieanlagen und des Luftverkehrs zu bepreisen und dadurch einen Anreiz zu CO₂-Minderung zu setzen. Die CO₂-Emissionen aus dem Einsatz von Brennstoffen in den Bereichen Verkehr und Wärme, die nicht unter den EU-ETS fallen, werden seit 2021 durch einen nationalen Brennstoffemissionshandel – geregelt im Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) – erfasst und mit einem CO₂-Preis belegt. Um finanzielle Doppelbelastungen für solche Anlagenbetreiber in Deutschland zu vermeiden, die unter beide Systeme fallen, sieht das BEHG die Möglichkeit einer finanziellen Kompensation vor, die beim Bundesumweltamt beantragt werden kann.

Bisher stand die Gewährung von finanziellen Kompensationen unter beihilferechtlichem Vorbehalt. Die EU-Kommission hat die geplanten finanziellen Kompensationen inzwischen genehmigt. Eine Verordnung der Bundesregierung, die am 26. Januar im Bundestag auf der Tagesordnung stand, regelt deshalb nun die Bedingungen für die finanziellen Ausgleichszahlungen. Die Doppelbelastung von Brennstoffemissionen aus Anlagen im Anwendungsbereich des EU-ETS sollen, so weit wie möglich, bereits durch Befreiungen im Vorfeld vermieden werden. Nehmen etwa Anlagen am nationalen und europäischen ETS teil, können diese Anlagen im nationalen ETS von den Abgaben befreit werden. Ist dies nicht möglich, werden mit der Verordnung künftig die entstandenen Kosten in voller Höhe erstattet.

Zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie:
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005285.pdf>

Zur Verordnung der Bundesregierung:
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/048/2004855.pdf>

DEUTSCHLANDTICKET AB DEM 1. MAI



Nachdem sich Bund und Länder auf die entscheidenden Details einigten, beschloss der Deutsche Bundestag am 9. Februar das Gesetz zur Finanzierung des Deutschlandtickets. Somit gilt das Ticket bundesweit ab dem 1. Mai für 49 Euro im Monat. Der Bund stellt dafür 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Mit der Fahrkarte, für welche die SPD-Fraktion im Bundestag

kämpfte, wird Mobilität nachhaltiger und für viele Menschen bezahlbarer. Es ist eine bedeutende Entlastung für viele Pendler*innen und ein wegweisender Baustein für die Mobilitätswende. Wir brauchen dringend mehr klimafreundliche und bezahlbare Mobilität, die gleichermaßen in städtischen und ländlichen Regionen funktioniert.

WAHLRECHTSREFORM

Im Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode vereinbarten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, das Wahlrecht zu ändern, um nachhaltig das Anwachsen des Bundestages zu verhindern und ihn in Richtung seiner gesetzlichen Regelgröße von 598 zu verkleinern.

Auf Grundlage des gemeinsamen Eckpunktebeschlusses in den Koalitionsfraktionen und den Empfehlungen der Wahlrechtskommission erarbeiteten die Koalitionsfraktionen für die Wahlrechtsreform einen Gesetzentwurf, der dafür sorgen wird, dass die gesetzliche Mitgliederzahl des Deutschen Bundestages von 598 eingehalten werden kann. Dieser wurde am 27. Januar in erster Lesung im Bundestag beraten.

Gemäß dem Entwurf wird mit den Änderungen nur noch die Anzahl der Direktmandate über die dann sogenannte Wahlkreisstimme in den Bundestag einziehen, die dem jeweiligen landesweit betrachteten Zweitstimmenergebnis - über die dann sogenannte Hauptstimme - der betreffenden Partei der bzw. des Direktkandidaten entspricht. Eine zunächst im Konzept ebenfalls enthaltene sogenannte Ersatzstimme wird es nicht geben.

Zum Vorschlag der Ampel-Fraktionen auf der Homepage der SPD-Bundestagsfraktion: <https://www.spdfraktion.de/themen/so-bundestag-verkleinert-0>

WEITERE PARLAMENTARISCHE BERATUNGEN ZUM ASSISTIERTEN SUIZID



Nachdem am 28. November 2022 eine umfangreiche öffentliche Anhörung für die Neuregelung des assistierten Suizids in Deutschland vom Rechts- und Gesundheitsausschuss des Bundestages durchgeführt worden ist, laufen die Beratungen hierzu intensiv weiter.

Öffentliche Anhörung vom 28. November 2022 inkl. aller Gesetzentwürfe: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw48-pa-recht-917960>

Als Unterstützerin des Gesetzentwurfs Künast/Scheer/Keul/Franke ist für mich das oberste Ziel, den assistierten Suizid nicht erneut im Strafrecht zu regeln, wie es der

Entwurf um die Gruppe des Abgeordneten Castellucci vorsieht. Dies würde dem Ziel der Schaffung von Rechtssicherheit zuwiderlaufen, da hierbei Suizidassistenten dem Stigma der Kriminalisierung mit allen Folgewirkungen ausgesetzt wäre. Dies widerspräche dem verfassungsgerichtlich festgestellten Grundrecht auf selbstbestimmtes Sterben.

Der Entwurf Künast/Scheer sieht ebenso wie der andere als liberal geltende Entwurf um die Abgeordnete Katrin Helling-Plahr eine Regelung außerhalb des Strafgesetzbuches (StGB) vor. Auch die Zusammenführung der beiden Anträge kann eine Option sein, die derzeit diskutiert wird.



Auch die öffentliche Debatte über dieses Thema intensiviert sich. Sowohl im Rahmen von Diskussionsveranstaltungen als auch im Rahmen von Interviews nahm ich zu den betreffenden Fragen Stellung.

Interview im ARD-Morgenmagazin vom 1. Februar:

<https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/politik/Nina-Scheer-Sterbehilfe-darf-nicht-kriminalisiert-werden-100.html>

Zum Tagesspiegel (Artikel hinter

Bezahlsperre): <https://background.tagesspiegel.de/gesundheit/sterbehilfe-zusammenschluss-zweier-liberaler-antraege>

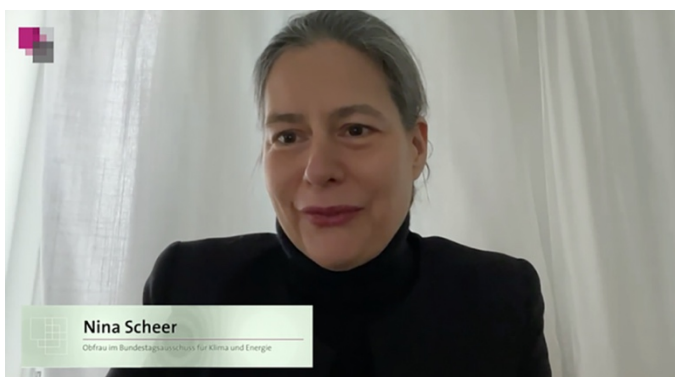
Zum Wochenspiegel, dort ausführlich zur Anhörung vom 28. November:

<https://www.nina-scheer.de/2022/12/30/wochenspiegel-vom-31-10-bis-22-12-2022/>

ZU GAST...

... beim Neujahrsempfang der **STADT RATZEBURG** am 6. Januar, zu dem von Seiten der Stadt gemeinsam mit der Bürgerstiftung Ratzeburg eingeladen worden war.

... beim Neujahrsempfang der **STADT GEESTHACHT** am 8. Januar im Ratssaal des Rathauses.



... zur Podiumsdiskussion über „Klimawandel und Energiesicherheit“ im Rahmen der Jahrestagung des **DEUTSCHEN BEAMTENBUNDEES UND TARIFUNION (dbb)** am 10. Januar mit Impulsvortrag zur Frage „Energiesicherheit vs. Klimakrise – Welchen Beitrag kann der öffentliche

Dienst leisten?“. Ich betonte, dass es für die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren unter anderem mehr Leitfäden geben müsse sowie einen deutlichen Stellenaufwuchs in den Behörden. Das überragende öffentliche Interesse Erneuerbarer Energien muss konsequent in die Verwaltungsverfahren einbezogen werden, wobei die Energiewende auf Ermöglichung getrimmt werden muss.

Nachzulesen unter: <https://www.dbb.de/artikel/energiesicherheit-versus-klimakrise-welchen-beitrag-kann-der-oeffentliche-dienst-leisten.html>

... am 11. Januar bei der digitalen Vorstandssitzung der **SPD-STORMARN**.



... in **TRITTAU** am 13. Januar zum Neujahrsempfang, bei dem unter anderem lokale Sportler*innen durch die Trittauer Bürgerstiftung geehrt wurden.



... am 15. Januar im Hofsaal des Reinbeker Schlosses beim Neujahrsempfang der **STADT REINBEK**.



... auf Einladung beim **SPD-ORTSVEREINS FALKENSEE** gemeinsam mit meiner für den Wahlkreis zuständigen MdB-Kollegin Ariane Fäscher für Impuls und Podiumsdiskussion zum Thema: „Alles teurer – Wege aus der Energiekrise“ am 17. Januar.

Vgl.: <https://www.maz-online.de/lokales/havelland/falkensee/falkensee-spd-talk-zu-energiewende-HMTYCRMFM56O4I4E7EFKDO2A2U.html>

... am 18. Januar bei einem **PLENUM DES SPD-KLIMAFORUMS**. Dort berichtete ich von den aktuellen Herausforderungen, Lösungsansätzen und dafür nötigen Arbeitsschritten, unter anderem zum Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier und das Abbaggern von Lützerath.



... beim jährlichen **GRÜNKOHLESSEN DER SPD BÖRNSEN** am 20. Januar, freue ich mich über die zahlreichen Gespräche mit Genoss*innen vor Ort. Über (kostenfreie) Lose überreichte ich einen Berlinfahrt-Gutschein. (Foto: Uwe Klockmann)



... in **SCHWARZENBEK** beim Neujahrsempfang im Forum des Schwarzenbeker Gymnasiums am 21. Januar.

... beim Bioenergie-Abendempfang des **20. INTERNATIONALEN FACHKONGRESSSES FÜR ERNEUERBARE MOBILITÄT** im Rahmen der Grünen Woche in Berlin am 23. Januar.



... am 27. Januar bei der diesjährigen **BÜRGERVERSAMMLUNG DER GEMEINDE BÜCHEN.**



... auf dem **NEUJAHRSEMPFANG DER GEMEINDE DASSENDORF** am 29. Januar.



... in Hamburg auf Einladung des **FÖRDERVEREINS AMBULANTE PALLIATIVARBEIT HAMBURG** und der **DGB-SENIOREN HAMBURG**. Dort nahm ich am 1. Februar an einem Podiumsgespräch zum Thema "Hilfe zum Suizid - erlaubt, aber wie weiter?" teil. In dem voll besetzten Musiksaal im Besenbinderhof in Hamburg

verdeutlichte ich unter großer Zustimmung, dass eine Regelung außerhalb des Strafgesetzbuches meines Erachtens der einzige Weg für eine verfassungskonforme Ermöglichung des Grundrechts auf selbstbestimmtes Sterben ist.

Unter Moderation des Arztes Dr. Lutz Hoffmann fand ein intensiver Austausch mit dem Podium bestehend aus Dr. Michael de Ridder (Arzt), Dr. Bettina Wehner-Wöbbecking (DGB Senioren Hamburg), Sven Goldbach (Palliativfachpflegekraft) und mir als Vertreterin des von mir unterzeichneten Gesetzesentwurf „Künast, Scheer, Keul, Franke“ zur gesetzlichen Neuregelung der Suizidassistentz statt.

... bei der **FLEISHMANHILLARD GERMANY GMBH** am 2. Februar für einen Impulsvortrag zur deutschen und europäischen Energiewende im Rahmen einer digitalen Roundtable-Veranstaltung zu Energie- und Klimapolitik.

... im digital tagenden **WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS DES DEUTSCHEN STÄDTETAGES** am 6. Februar mit einem Input zu bezahlbarer Energie und Versorgungssicherheit für die Wirtschaft, zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und des Stromnetzes sowie die Bedeutung von Wasserstoff.

... auf Einladung der **VERBUND AG** bei einer Podiumsdiskussion in der **BOTSCHAFT DER REPUBLIK ÖSTERREICH** am 7. Februar unter dem Titel „**LAND, BUND ODER**



EUROPA - WAS BRAUCHT ES FÜR DEN AUSBAU DER ERNEUERBAREN?“. Als Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bundestag diskutierte ich auf dem Podium mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Michael Kellner, Michael Strugl (CEO VERBUND AG) und Felix Menzel (Bürgermeister Milower Land).

... beim **BEE-ENERGIEDIALOG** des Bundesverbandes Erneuerbarer Energien am 9. Februar nahm ich an einer Diskussionsrunde zur Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien, Planungssicherheit, Strommarkt und Wärme teil. Dort



kommentierte und analysierte ich gemeinsam mit Thorsten Müller, wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Umweltenergierecht und Dr. Thomas Engelke, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., die zuvor gehaltene energiepolitische Grundsatzrede von Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck.

Mehr Informationen: <https://www.bee-ev.de/projekte/energiedialog-2023>

... bei **SIEMENS ENERGY** im Turbinenwerk. Auf Einladung unserer örtlichen Kollegin Annika Klose und gemeinsam mit Bernd Westphal, wirtschaftspolitischer Sprecher der



SPD-Bundestagsfraktion und Bengt Bergt, MdB, Berichterstatter u.a. Gas, tauschte ich mich am 16. Januar im Siemens Energy Turbinenwerk in Berlin mit dem Betriebsrat des Unternehmens über Bedingungen für Standortsicherheiten im Kontext internationalen Wettbewerbs und von Klimaschutzerfordernissen aus.

MEDIAL ZU GAST... (AUSWAHL)



... bei **JUNG & NAIV**, Folge 622, Energie & Umweltpolitikerin Nina Scheer am 02.02.2023

Zur Sendung: <https://www.youtube.com/watch?v=tidJuWSCMY4>

... im **ARD-MORGENMAGAZIN** am 31. Januar: Scheer: Sterbehilfe darf nicht kriminalisiert werden: <https://www.daserste.de/information/politik->

[weltgeschehen/morgenmagazin/politik/Nina-Scheer-Sterbehilfe-darf-nicht-kriminalisiert-werden-100.html](https://www.weltgeschehen/morgenmagazin/politik/Nina-Scheer-Sterbehilfe-darf-nicht-kriminalisiert-werden-100.html)

... beim **ZDF HEUTE-SHOW SPEZIAL**: <https://www.zdf.de/comedy/heute-show/heute-show-spezial-vom-20-januar-2023-102.htm>



... beim **NDR** am 7. Januar: SPD-Politikerin: „CO-Speicherung ist eine Scheinlösung“: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/CO2-Speicherung-SPD-Energieexpertin-Scheer-skeptisch-audio1291302.html>

... im **DEUTSCHLANDFUNK** am 7. Januar: <https://www.deutschlandfunk.de/verfehlt-klimaziele-brauchen-wir-doch-ein-atom-revival-int-nina-scheer-spd-dlf-fd27cea6-100.html>

... im **ZDF-MITTAGSMAGAZIN**: Sanktionen gegen Russland – Importstopp für russisches Öl tritt in Kraft <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/importstopp-russisches-oel-ukraine-krieg-russland-100.html>

BERICHTE

... IN BERLIN



Die **SPD-LANDESGRUPPE SCHLESWIG-HOLSTEIN** tauschte sich Anfang Februar mit unserem Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich aus.

Während der Sitzungswochen tagten neben den Gremiensitzungen, darunter vorbereitenden Sitzungen, Fraktionssitzungen, der Sitzung des Fraktionsvorstandes, Landesgruppensitzungen, Obleutegesprächen, Gesprächen mit Sprecher*innen

anderer Arbeitsgruppen, Runden mit Vertreter*innen der Ministerien zur aktuellen Lage und aktuellen Gesetzesvorhaben, Sitzungen der Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie, deren Leitung und Vorbereitung in meiner Funktion als Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion liegt sowie Plenarsitzungen auch der Beirat der Bundesnetzagentur, deren Mitglied ich bin und die Sitzungen des Ausschusses für Klimaschutz und Energien, für den ich die Funktion der Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion einnehme.

Auf Antrag von Die Linke fand am 9. Januar eine nichtöffentliche **SONDERSITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR KLIMASCHUTZ UND ENERGIE** statt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz berichtete zur Versorgung Ostdeutschlands mit Erdöl ab Januar 2023, insbesondere der PCK Schwedt.

Auf der **KLAUSUR DER SPD-FRAKTION IM BUNDESTAG** am 12. und 13. Januar wurden die Vorhaben und Schwerpunkte für das kommende Halbjahr geplant. Nach einem Jahr, das von verschiedenen Krisen geprägt war, sind die Aufgaben weiterhin vielfältig:



Neben einem starken Staat, gehört eine funktionierende Infrastruktur zur Erfolgsgrundlage für gesellschaftliche Teilhabe ebenso wie eine starke Wirtschaft. Einen Schwerpunkt legt die SPD-Fraktion dabei auf den Transformationsprozess zur Begrenzung des Klimawandels und der Ablösung fossiler Energien. Hierbei

müssen auch Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Auch der Wohnungsbau und die Krankenhausreform zählen zu den herausragenden Vorhaben.

Zu den Positionspapieren:

Die Chance nutzen: Mehr Tempo für Zusammenhalt und Zukunft!

<https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/position-mehr-tempo-fuer-zusammenhalt.pdf>

Zeitenwende für Europas Industrie – Leitlinien für eine zukunftsgerichtete europäische Industriestrategie:

<https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/position-leitlinien-zukunftsgerichtete-europaeische-industriestrategie.pdf>

Sozialdemokratische internationale Politik in der Zeitenwende:

<https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/position-zeitenwende-internationale-politik.pdf>

Raus aus dem Krisenmodus – wir machen junge Menschen und Familien stark:

<https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/position-raus-aus-krisenmodus-junge-menschen-familien-stark-machen.pdf>

Am 19. Januar lud ich in meiner Funktion als Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin zum **AUSTAUSCH MIT GEWERKSCHAFTSVERTRETERINNEN** ein, in dessen



Fokus die Fortschreibung der Nationalen Wasserstoffstrategie sowie die Förderrichtlinie Klimaschutzverträge standen. Das Fachgespräch führten wir am 9. Februar fort. Zentrale Themen waren hier die Erreichung der Ausbauziele, Fachkräftesituation in Handwerk und Industrie, Fachkräftegewinnung, Standortsicherung, betriebliche

Mitbestimmung und gute Arbeitsbedingungen sowie die Industriestrompreise. In dieser Woche freuten wir uns besonders, Mitglieder des Betriebsrats des Herstellers von Windkraftanlagen Vestas zu unserem Gespräch zu begrüßen, dessen Beschäftigte sich seit November letzten Jahres im Arbeitskampf befinden.



Am 10. Februar traf ich **ED MILIBAND**, im Team des britischen Oppositionsführers im Unterhaus Keir Starmer Schattenminister für Klimawandel, zu einem Austausch über Energiepolitik in Berlin.

... AUSWÄRTS

Anlässlich des 60. Jubiläums des Élysée-Vertrages nahm ich an einer **DELEGATIONSREISE ZUM 60. JUBILÄUM DES ÉLYSÉE-VERTRAGES** als Mitglied des



SPD-Fraktionsvorstandes nach Paris teil. Hier kamen Vertreterinnen und Vertreter beider Parlamente sowie Regierungen zusammen. Hierbei fand auch eine Sitzung der Parlamentarier*innen in der Assemblée Nationale statt.

Am 19. Januar wurde die deutsch-französische Freundschaft zudem mit einer vereinbarten Debatte im Deutschen Bundestag gewürdigt.

Zur gemeinsamen Erklärung der Assemblée Nationale und des Deutschen Bundestages: https://www.nina-scheer.de/wp-content/uploads/sites/1229/2023/02/kw03_gemeinsame_erklaerung-data-2.pdf

... IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

In einer **GEMEINSAMEN KLAUSURTAGUNG DER SPD-LANDTAGSFRAKTION UND DER SPD-LANDESGRUPPE SCHLESWIG-HOLSTEIN** am 30. Januar trafen sich die Schleswig-Holsteiner SPD-Landtags- und SPD-Bundestagsabgeordneten in Kiel. Neben Berichten zu den Arbeitsständen und -schwerpunkten auf Landes- und Bundesebene sowie den zentralen Projekten der Ampelkoalition standen Diskussionen über aktuelle Energiefragen sowie ein Austausch über die Gesundheitsversorgung in Schleswig-Holstein mit den bundesseitig angestrebten Reformen im Fokus.



Zum 38. Austausch im Rahmen des von mir initiierten **ENERGIEWENDE-APPELL** hatte ich am 30. Januar digital eingeladen. Neben Gesprächen über aktuelle Vorhaben, Strom-, Gas- und Energiepreisbremse, fand eine generelle Diskussion über das Strommarktdesign und Einzelmaßnahmen zum beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien statt. Die von mir im November 2018 initiierte Online-

Plattform (www.energiewende-appell.de) mit derzeit mehr als 1.700 Unterzeichner*innen fordert als sozialdemokratische Stimme eine zu beschleunigende Energiewende. Mit bis zu 60 Teilnehmer*innen finden zudem stetige (Online)Austausche statt.

Zu einer **BÜRGERSPRECHSTUNDE** hatte ich am 31. Januar 2023 in das Wahlkreisbüro Geesthacht eingeladen.

Am 4. und 5. Februar nahm ich als Delegierte des SPD-Kreisverbandes Herzogtum Lauenburg am **ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG DER SPD-SCHLESWIG-HOLSTEIN** in Husum teil. Zu den Anträgen für den Landesparteitag: <https://www.spd.sh/antraege>



Mit Grußworten nahm ich an den **KREISPARTEITAGEN UND KREISWAHLKONFERENZEN** der SPD Kreis Stormarn und der SPD Kreis Herzogtum Lauenburg am 21. Januar teil.

Zu einem Gespräch über den Forschungsstandort Geesthacht sowie einem Ausblick auf die Forschungsarbeit des Helmholtz-Zentrum **HEREON** im Bereich Infrastruktur



für Erneuerbare Energien traf ich vor Ort am 1. Februar Prof. Matthias Rehahn und Dr. Torsten Fischer in Geesthacht. Wir sprachen etwa über die Bedeutung von Wasserstoff und Versorgungsnetze im Zeichen einer sektorübergreifenden Energiewende. Auch Forschung „Made in Germany“ stellt Weichen für den Energiewende-Standort und für Energiesicherheit.

Zur Pressemitteilung: <https://www.nina-scheer.de/2023/02/03/nina-scheer-energiewende-technologien-auch-durch-forschung-weiter-staerken/>

Am Abend des 11. Februar nahm ich am traditionellen **GRÜNKOHLESSEN DER SPD GEESTHACHT** in Hamwarde teil.

MEDIENSPOTS

Erwähnungen, Interviews, Standpunkte, Äußerungen in verschiedenen Medien finden sich auf meiner Website: [Zu den Medienspots](#)

NEU IM TEAM



Seit 1. Februar verstärkt **CHRIS BECKER** mein Team im Bundestagsbüro in Berlin. Als persönlicher Referent wird Chris vor allem meine Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Zuvor war er als Senior Program Manager und Leiter des Deutsch-Amerikanischen Young Leaders Programms bei der Atlantik-Brücke in Berlin tätig.